

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1887

3.2.1887 (No. 29)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 3. Februar.

N^o 29.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1887.

Amtlicher Theil.

Durch Entschließung des Groß. Ministeriums des Innern vom 28. Januar 1887 ist der z. Zt. der Groß. Rheinbauinspektion Offenburg zugetheilte Ingenieur I. M. Walliser zur Groß. Kulturinspektion daselbst versetzt worden.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 2. Februar.

Die Situation der Italiener in Massana hat sich nicht unbeträchtlich verschlechtert und wenn auch keine direkte Gefahr für die stark besetzte Hafenstadt vorhanden ist, so dürfte man doch in Italien sich keiner Unterschätzung des abyssinischen Feindes mehr hingeben. Ministerpräsident Depretis sah sich in der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer genöthigt, dem Hause eine Depesche des Generals Gené mitzutheilen, welche von dem Ueberfall einer italienischen Kolonne und von dem Gerüchte, daß der Negus selbst zur Unterstützung des Ras Alula nach Ghinda unterwegs sein soll, handelt. Das Wolffsche Bureau berichtet darüber:

Depretis verlas folgende Meldung des Generals Gené aus Massana vom 29. v. M.: Ras Alula verließ Ghinda am 24. Jan. und schlug ein Lager südlich von Saatis auf, welches er Tags darauf angriff. Nach dreitägigem Kampfe wurde Ras Alula zurückgeworfen. Die Verluste der Italiener betragen 4 Verwundete, 5 Tote; die Verluste der Abyssinier sind unbekannt. Am 26. Jan. wurden jedoch 3 italienische Kompanien und 50 Mann unregelmäßiger Truppen, welche von Mönkulo aufgebrochen waren, um Saatis zu verproviantiren, auf der Hälfte des Weges angegriffen und nach mehrstündigem Kampfe die Kolonne zerstreut. 90 Verwundete befinden sich bereits in Massana. Weitere Einzelheiten bezüglich der Zahl der Verwundeten und Toden zu melden behalte ich mir vor. Wegen übergroßer Ausdehnung unserer Linie habe ich die Posten von Saatis und Waararafi zurückgezogen. Ras Alula scheint sich wegen bedeutender Verluste und zahlreicher Verwundeten nach Ghinda zurückziehen, es ist aber auch möglich, daß er auf Verstärkungen durch den Negus hofft, welcher auf dem Marsche dorthin sein soll.

Nach den beruhigenden Erklärungen, welche noch kürzlich der Minister des Auswärtigen über die militärische Lage in Ostafrika abgegeben hatte, mußte die Verlesung dieser Depesche die peinlichste Ueberraschung hervorrufen. Zudem trifft die Schuld, den Feind zu gering geachtet zu haben, augenscheinlich nicht sowohl die Regierung in Rom wie den General Gené. Die in der Depesche des Generals Gené gemeldeten Vorgänge scheinen die Klagen zu bestätigen, die über den mangelhaften Nachrichtenbericht bei den italienischen Truppen in Ostafrika gehört worden sind. Daß die Regierung nichts veräußert, was die Situation erheischt, geht daraus hervor, daß im Anschluß an seine Mittheilung gestern Depretis eine außerordentliche Kreditforderung in der Höhe von 5 Millionen für Massana einbrachte.

Zur Prüfung der Kreditvorlage wurde eine Kommission eingesetzt, welche Crispi zum Präsidenten wählte. Die Kommission hörte gestern den Ministerpräsidenten, die Minister der Marine und der Finanzen, den Kriegsminister und den Minister des Aeußeren und genehmigte einfach den verlangten Kredit. Am Montag wird über den Kredit im Plenum berathen werden.

Der „Straßburger Post“ entnehmen wir Folgendes:

Die französischen Blätter haben das erbitterte Wort für den auffallenden Baradenbau längs der Ostgrenze gefunden: die Kasematten in den Vogesen — so sagen sie jetzt — sind eintheils zu leicht, als daß sie mit Truppen belegt werden, und andertheils zu klein, als daß sie die zu den regelmäßigen Friedensübungen einberufenen Truppen des Reserve- und Territorialheeres fassen könnten. In diesem Sinne kommt der „Temps“ auf unseren Hinweis bezüglich der strategisch bedenklichen Lage der für den Baradenbau bezeichneten französischen Grenzorte längs der südlichen Vogesen zurück und erzählt gleichfalls die Mär von der Feuchtigkeit und von den friedlichen Zusammenziehungen der Reserve und Landwehr, ohne indeß den Versuch zu machen, unsere Vorhaltungen zu entkräften. Danach liegt also die Sache so, daß ein ungewöhnlicher Baradenbau an strategisch bedeutsamen Punkten der französischen Ostgrenze zugegeben wird, an Punkten, welche wichtige Vogesenpässe beherrschen. Die Auslegungen, welche diese außerordentlichen Maßregeln der französischen Kriegsverwaltung in der französischen Presse finden, sind vollständig unerheblich. Bei dem Ernst der Lage steht die entscheidende Beurtheilung solcher Maßregeln allein den verantwortlichen Stellen des Landes zu, gegen dessen Grenze die Maßregeln gerichtet sind.

Unter der Aufschrift: „Sind die Kriegsbesorgnisse gerechtfertigt?“ schreibt die „Völnische Zeitung“ Folgendes: Wir haben es mit Absicht möglichst vermieden, von den Kriegsbesorgnissen zu reden, denn jede Untersuchung über die drohende Gefahr steigert die allgemeine Angst vor derselben, und jede Steigerung dieser Angst bedeutet für Handel und Erwerb unschätzbare Verluste. Wir sind sogar noch weiter gegangen: wir haben manche uns zugekommene Meldung, wir haben viele

uns bekannt gewordene Thatsachen und Umstände für uns behalten, weil sie unter den jetzigen Verhältnissen zweifellos in kriegerischem Sinne gedeutet worden wären, obschon sie an sich auch in Zeiten des tiefsten Friedens sich hätten ereignen können und dann schwerlich irgendwelchen Eindruck gemacht hätten würden. Auch heute noch halten wir daran fest, daß alle die vielfachen Vorkommnisse, insbesondere die Maßnahmen militärischer Natur bei uns und unsern Nachbarn, die zu der allgemeinen Kriegsfurcht und dem schlimmen Rückgange in geschäftlichen Verkehr Anlaß gegeben haben, an sich keinerlei Beweis sind, daß ein Krieg bevorstehe. Seit 15 Jahren ist es ja das eigentliche Gesicht der europäischen Lage gewesen, daß Frankreich und Deutschland sich gegenseitig ängstlich und eifersüchtig auf die militärischen Rüstungen sahen, und daß jeder Fortschritt, den eins dieser Länder in Vervollkommnung seiner Wehrkraft machte, sofort von dem andern wo möglich noch überboten wurde. Was in dieser Hinsicht in den letzten Wochen bekannt geworden ist, übersteigt aber ohne Zweifel die Vorkommnisse der früheren Jahre insoweit, als es nicht im Rahmen der regelmäßigen militärischen Vervollkommnungsbestrebungen bleibt, vielmehr zu zeitlich nahen Zwecken geschieht, militärischen Vorbereitungen dient, nach deren Beendigung es mehr oder weniger werthlos sein wird. Solche Anstrengungen und Ausgaben sind bisher in dem jetzigen Umfange nicht vorgekommen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Frankreich Vorbereitungen getroffen hat und fortwährend trifft, die es in die Lage setzen, für den Fall eines Krieges mit Deutschland in diesem Frühjahr in der denkbar kürzesten Frist diejenige strategische Aufstellung an der Grenze zu nehmen, deren Verzögerung im Jahre 1870 ihm den ersten Nachtheil gegenüber den deutschen Armeen brachte. Auf der andern Seite hat Deutschland Sorge genommen, schon in allerhöchster Zeit einen Theil seiner Reserven mit dem neuen Repetirgewehr einschließen zu lassen. Das sind gewiß zwei Maßnahmen, die von den militärischen und politischen Wächtern über das Wohl der beiden Länder ernst genommen werden müssen, daß Deutschland an seiner Westgrenze die gleichen Maßnahmen treffe, die Frankreich an seinen Thüren ergreifen hat; daß es sich wenigstens die Möglichkeit wahr, Elsaß-Lothringen vor der Ueberfluthung durch französische Truppen unmitttelbar nach einer möglichen Kriegserklärung zu schützen. Diese Zustände sind gewiß ernst, sie sind sogar drohend, und Politiker, die es ehrlich mit den Leuten, welche auf ihr Urtheil vertrauen, meinen, können es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren. Die Kriegsfurcht als zum Zweck der Militärvorlage „gemacht“ hinzustellen. Die geschilderten Thatsachen sehen wahrlich nicht nach einer Maché aus; dafür sind sie zu greifbar und zu inhaltreich — und namentlich zu kostspielig. Was sollte auch Frankreich für ein Interesse haben, der deutschen Regierung zur Durchdringung der Militärvorlage hilfreiche Hand zu bieten! Das also ist förmlich sinnlos, wo nicht gewissenlos, wenn man die Augen vor dem Ernst der Lage mit der Behauptung verschließen will, alles, was in Frankreich und Deutschland geschehe, sei nur Manöver, um den kommenden deutschen Reichstag einzuschüchtern. Frankreich trifft im Gegentheil die sichtbare Vorbereitung, gegen Deutschland in der Hälfte der Zeit kriegsbereit an der Grenze zu stehen, als es ihm ohne diese zum bestimmten Zwecke getroffenen Maßnahmen möglich sein würde.

Daß Deutschland Frankreich nicht angreifen wird, das bezweifelt im Ernst kein einseitiger Mensch dieses und jenseit der Vogesen. Es hängt aber leider nicht von Deutschland ab, ob die französischen Maßnahmen an der Grenze nur Manövervorbereitungen bleiben oder ob sie Kriegsvorbereitungen werden sollen. Dieser Umstand macht die Lage bedrohlich. Wenn Deutschland — was es pflichtgemäß nicht veräumen darf — die nothwendigen Gegenmaßregeln ergreift, kann leicht der erregbare französische Nationalgeist das Land von Deutschland aus bedroht sehen, eine Aufforderung zur Verminderung der Grenzbesatzung oder zur Abgabe der Vogesen an die französische Hand zu fassen. Uebersehen dagegen Deutschland die französischen Vorkehrungen und läßt sie sich still gefallen, so kann gar leicht in Frankreich der schmeichele Glaube angefaßt werden, Deutschland fürchte zur Zeit den Krieg mit Frankreich, — und wer möchte bestreiten, daß im letzteren Falle leichter noch als im ersteren ein ehrsüchtiger, thatendurstiger und einflussreicher Mann ohne viel Schwierigkeiten die Franzosen zum Wagniß des Nachkrieges fortzuziehen könnte! Das sind die Gefahren, von denen zur Zeit der Friede bedroht ist, umso mehr, als noch nichts Sicheres dafür bietet, daß die bulgarische Krisis nicht dahin zugeführt werde, Rußland und Oesterreich zu entzweien. Gelänge letzteres, so müßten die Franzosen über Nacht andere werden, wenn sie nicht sofort den Krieg mit uns vom Zaune brächen.

Diesen Gefahren, die wir kurz angedeutet haben, stehen zwei Friedensbürgschaften gegenüber, die leider nicht in gleicher Stärke sich bislang bewährt haben: einmal die Staatskunst des Fürsten Bismarck, die kein anderes Ziel als den Frieden verfolgt und in schwierigeren Zeiten, als die jetzigen sind, sich bewährt hat, und sodann die Betheiligung der Festigkeit und Bereitwilligkeit der deutschen Nation, jedem Angriff, er komme von wo er wolle und er sei so gewaltig wie er könne — vollgerüstet entgegenzutreten und ihm entgegenzukämpfen bis zum letzten Mann und Hutstropfen. Fürst Bismarck hat das Seine gethan und thut es fortwährend; leider aber hat die Körperschaft, welche verfassungsgemäß als die Vertretung des deutschen Volkes angesehen werden muß, in einem der kritischsten Augenblicke versagt, die das Deutsche Reich seit seiner Neugestaltung erlebt hat. Es hat gute Gründe, daß schon seit den Beschlüssen der Militärkommission allgemeine Beunruhigung um sich griff, daß aber seit dem unseligen Reichstagsbeschluss vom 14. Januar Gaudel und Gewerbsthätigkeit geradezu unter dem Zeichen des Krieges stehen. Die Ablehnung der Militärvorlage im Reichstag nach wiederholtem und so inhaltlich schwerem Eintreten der höchsten Gewalten und bewährtesten Rathgeber im Reich mußte die Franzosen in die Meinung hineintreiben, als ob Deutschland es müde sei, den schweren Panzer zu tragen, als ob es, um sich denselben leichter zu machen, im Falle des Ernstes auch die neuen Provinzen hingeben werde, wenn es

dadurch den Krieg vermeiden oder schnelle und im Uebrigen billige Waffenruhe erhalten könne. So hat, wie es übrigens Fürst Bismarck und Graf Moltke vorausgesagt haben, schon die erstmalige Ablehnung der Militärvorlage die Kriegsgefahr verstärkt, ihre endgiltige Verwerfung aber würde uns schon in allerhöchster Zeit vor die Entscheidung stellen: Aufgeben von Elsaß-Lothringen — oder Krieg.

bleiben wir vor einem Militärkonflikt bewahrt, so ist die Erhaltung des Friedens wahrscheinlich, wenn auch nicht geradezu verbürgt, treiben wir aber wegen der Heeresfrage in einen inneren Streit, so steht der Krieg vor der Thür. Daran ist nicht mehr zu zweifeln. So steht nach unserer, auf Grund strenger und gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse gewonnenen Ansicht die Entscheidung und wir halten uns angesichts des Ernstes der Lage für verpflichtet, diese unsere Ueberzeugung auszusprechen, unbekümmert darum, ob Leichtfertigkeit, Unverstand oder Gewissenlosigkeit sie für Wählmache auszugeben versuchen werden. Es ist heiliger Ernst bei den diesmaligen Reichstagswahlen; nach der ganzen Lage der auswärtigen Politik darf und kann die Regierung von ihren Forderungen nichts nachgeben, die Abgeordneten aber können und müssen neben dem eigenen Gewissen auch die Meinung ihrer Wähler darüber befragen, ob es vorzuziehen sei, in einer Verfassungsfrage es bei dem bisherigen Zustande zu belassen oder aber in kurzer Zeit das Vaterland vor die Entscheidung zu stellen, ob es die in schwerem Krieg errungenen Reichslande schmachvoll aufgeben oder zu ihrer Erhaltung aufs neue das Schwert ziehen will. Wenn es uns die Zusammenfügung der Verlagsmehrheit vom 14. Januar nicht schon verkündet hätte, so müßten wir es aus der ganzen Prüfung der Weltlage erkennen: wer die Militärvorlage der Regierung verwerfen will, der will entweder Elsaß-Lothringen aufgeben oder er will den Krieg.

Die aus den Spalten der Pariser Presseorgane herüberhallenden Friedensbethenerungen finden nirgends gläubigere Nachbeter, als bei unseren demokratischen und ultramontanen Zeitungsschreibern. So eignen sich letztere auch in Ansehung des Baradenbaues jenseits der französischen Grenze bereitwillig die neuerdings aufgetommene Bemäntelungsversion an, als finde beregter Bau darin seine ausreichende Begründung, daß er für die infolge der Feuchtigkeit in den Kasematten einiger Sperrforts an Rheinmattismus erkrankten Mannschaften provisorische Unterkunft zu schaffen bestimmt sei. Demgegenüber sind die „S. P. N.“ zu berichten in der Lage, daß, wie dieselben aus guter Quelle erfahren, das Baradenlager bei Corcieux unweit St. Die am 20. Februar mit einem Regiment Infanterie und einem Regiment Kavallerie belegt werden soll.

Deutschland.

* Berlin, 1. Febr. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag militärische Meldungen und die Vorträge der Generale v. Albedyll und v. Caprivi entgegen, unternahm Nachmittags eine Spazierfahrt und stattete der Gräfin Orlow einen Besuch ab. Heute Nachmittag empfing der Kaiser die Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Köller, v. Heereman und v. Benda und nahm die Glückwünsche des Hauses zu der Geburt des vierten Arrenfels an.

Bei dem Empfang des Präsidiums des Abgeordnetenhauses, welches die Glückwünsche des Hauses anlässlich der Geburt des jüngsten Sohnes des Prinzen Wilhelm abstattete, nahm Seine Majestät der Kaiser die Glückwünsche herzlich dankend an und sagte: Er wisse, daß und wie man überall an dieser Freude theilnehme. Der Kaiser erkundigte sich nach dem Stande der Arbeiten des Landtags und sprach die Hoffnung aus, mit dem Abgeordnetenhause in Frieden auseinander zu kommen. Der Kaiser unterhielt sich sodann mit einzelnen Mitgliedern der Deputation aufs leutseligste. Das Aussehen des Kaisers war frisch, sein Wesen heiter und aufgeräumt. Das Präsidium wurde hiernach von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen, welche mit den Herren über Krankenhäuser, Wohlthätigkeitsanstalten, Kunst und Wissenschaft sich unterhielt.

Das Abgeordnetenhause erlebte das Ordinarium des Justiztags unverändert. Eine längere Diskussion wurde herbeigeführt durch die von Emmeccerus angeregte Frage der Aenderung der juristischen Prüfungsordnung. Regierungskommissar Stölzel sprach sich gegen die Einführung des Zwischeneramens aus.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses zur Berathung des Etats der Anstaltungskommission für Westpreußen und Posen erwiderte auf eine Anfrage Magdajnski's der Regierungskommissar, die der erwähnten Kommission gemachten 140 Güterangebote seien noch nicht zur Hälfte polnische, auch von diesen letzteren sei noch ein beträchtlicher Theil von Güteragenten ausgegangen. Auf eine weitere Anfrage erklärte Minister Lucius, daß die Kommission in erster Reihe polnische Güter erworben habe und deutsche Güter nur, soweit solche zu Kolonisationszwecken geeignet, namentlich auf dem Substitutionswege erstehen solle.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 1. Febr. Das Gerücht, wonach auch von österreichischer Seite ein Verbot der Pferdeausfuhr zu erwarten sei, gewinnt an Bestand; man glaubt, daß ein solches eine einfache Konsequenz der von Deutschland erlassenen Maßregel sein werde. Dem Vernehmen nach

fall von dem Verbot eine Ausnahme zugelassen werden, die insbesondere Serbien zu Gute kommen dürfte.

Das „Freundenblatt“ schreibt zu der Wahlbewegung in Deutschland: Will das Zentrum eine durch das Band konfessioneller Interessen zusammengehaltene Partei bleiben, dann ist seine Haltung vollkommen unverständlich und dem Charakter der katholischen Kirche widersprechend. Thatsache ist, daß der erleuchtete Papst mit wachsendem Mißvergnügen das Vorgehen dieser Partei verfolgt, welche sich als eine katholische Partei und als Verfechterin des Papstthums gebärdet. Die Katholiken werden zwischen Windthorst und dem Papste wählen müssen.

Belgien.

Brüssel, 1. Febr. Die Kammer nahm einstimmig das Budget des Ministeriums des Aeußern an.

Frankreich.

Paris, 1. Febr. Der Ministerrath wird morgen darüber Beschluß fassen, ob nach der Erledigung des Budgets zuerst die Militärvorlage oder der Gesetzentwurf über die Getreidezölle in der Kammer beraten werden soll. Man glaubt, das Kabinet, welches über die wirtschaftliche Frage in zwei ungleiche Hälften, 7 gegen 4, getheilt ist, werde einer neuen Vertagung des Gesetzes über die Kornzölle geneigt sein und verlangen, daß das neue Militärgesetz an die Spitze der Tagesordnung trete. Der Berathung über das Militärgesetz sieht man in parlamentarischen Kreisen mit großer Spannung entgegen, da bei derselben die Ansichten der Kammer über das Vorgehen des Kriegsministers zu Tage treten müssen. Es heißt, daß der Ministerpräsident nicht geneigt ist, für die durch Boulanger geschaffene politische Lage, die ihm seine friedliche Politik erschwert, länger die Verantwortung zu tragen. „L'Autorité“ behauptet mit Bestimmtheit, daß General Boulanger z. B. den Bau von Baracken bei Verdun, also an der Grenze, beschlossen habe, ohne den Ministerrath davon in Kenntniß zu setzen, „so daß Herr Florens, wenn Deutschland Erklärung verlangte, antworten könnte, er wisse nichts, da er durch seinen Kollegen vom Kriege nicht benachrichtigt worden wäre“. Das genannte Blatt schließt an diese Mittheilung den Satz: „Die Mitglieder der Regierung befürchten daher, General Boulanger könnte aus eigener Machtvollkommenheit Beschlüsse fassen, welche Frankreich vor die Wahl stellen würden, entweder einer fremden Macht gegenüber Entschuldigungen anzubringen oder auf seinem Rechte zu bestehen, nach Gutdünken zu handeln, was einen bewaffneten Konflikt herbeiführen könnte.“ — Der „Temps“, welcher mit Freycinet in Verbindung steht, bemerkt in Betreff angeführter belobender Aeußerungen Freycinet's über Boulanger, welche die „France“ dem gewesenen Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern in den Mund gelegt hat, die Ausdrücke der „France“ in dieser Unterhaltung schließen die Echtheit aus. Freycinet beobachtet seit dem Rücktritt von der Regierung vollständige Zurückhaltung; er vermeidet besonders, über seine früheren Kollegen Urtheile auszusprechen, die in einem oder dem anderen Sinne den bebauerlichsten Streitigkeiten der letzten Zeit Nahrung bieten könnten. — Der Senat nahm heute die erste Lesung des Gesetzes über Freiheit der Begräbnisse an, die Deputirtenkammer setzte die Verathung über das Budget des Ackerbauministers fort. — Die Nachrichten aus Madagascar lauten günstig.

Italien.

Rom, 30. Jan. „Esercito“ meldet, die Regierung habe den General Gené in Massauah telegraphisch angewiesen, keine anderen Maßnahmen zu treffen, als diejenigen, welche zur Wahrung der Ehre des Landes notwendig wären. Gené verfügt über 3500 Mann regulärer Truppen und über 1000 Bajohozuks und will die Gelegenheit ergreifen und die Hochebene von Bogos besetzen, wo gute Sommerquartiere bezogen werden können. Für Massauah selbst ist kaum etwas zu fürchten. Die Landforts Abdelfader und Gherara können, dank den neuen ausgeführten Arbeiten, jedem Geschützangriff widerstehen. Das Fort Arafali kann auch von der Flotte vertheidigt werden. Die Forts Montullo und Dumllo sollen für Abyssinier uneinnehmbar sein. Der Damm, welcher Massauah selbst mit dem Festlande verbindet, kann durch Batterien auf der Halbinsel Gherar und die Flotte vertheidigt und von den schweren Geschützen des Forts Baulud förmlich reingefegt werden.

Großbritannien.

London, 1. Febr. Im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär des Marineministeriums, der Beschluß betr. die Räumung von Port Hamilton sei erfolgt auf Rath der Marinebehörde, nachdem von China die Bürgerschaft geleistet worden sei, daß keine fremde Macht irgend einen Theil Koreas einschließlich Hamilton's besetzen würde. Der Regierungsvortreter theilte ferner mit, die Regierung habe jetzt in die Wiedereröffnung des Handelsverkehrs im Nithale gewilligt unter der Bedingung des Ausschusses des Handels mit Munition und Waffen. In der Adressdebatte erklärte der Marineminister, nichts gegen die Verweisung des Marinestats und des Kriegsetats an einen Sonderausschuß einzuwenden, aber eine Verweisung der Rechnungsablagen sei unzulässig, da die Prüfung Jahre erfordern würde. Die Forderungen der Admiralität seien mäßig im Hinblick auf die bedeutende Zunahme der britischen Handelsmarine. Andere Länder, deren Handelszunahme geringer sei, hätten ihre Ausgaben für die Flotte um fünfzig, wir nur um sechs Prozent vermehrt. England müßte absolut mit den Rüstungen der Nachbarmächte Schritt halten.

Rußland.

St. Petersburg, 1. Febr. Bei dem deutschen Botschaftler General v. Schweinitz fand gestern ein größeres Diner statt, zu welchem u. A. der Minister des Kaiserlichen Hauses, Graf Woronzoff-Daschkoff, Staatssekretär

Richter, Graf Zguatiess nebst Gemahlinnen, die Oberhofmeisterin Fürstin Kotshubay, der Oberhofmarschall Fürst Trubezoi und andere höhere Beamte, sowie Vertreter der Diplomatie geladen waren.

Serbien.

Belgrad, 1. Febr. Von einem Besuche des Königs Milan in Bukarest, wie solchen mehrere Blätter als bevorstehend gemeldet hatten, ist in hiesigen maßgebenden Kreisen nichts bekannt.

Türkei.

Konstantinopel, 1. Febr. Die bulgarischen Delegirten Grefoff und Stoikoff sind gestern hier eingetroffen.

Ostindien.

Kalkutta, 28. Jan. Die erste Lokomotive hat Galistan am Fuße der Anran-Bergkette über den Bolan-Paß erreicht. Die Bahn über den Bolan wird daher bald eröffnet werden. Auch der Verkehr auf der anderen Linie durch das Harnai-Thal wird in einigen Wochen von Lokomotiven befahren werden können.

Wahlnachrichten.

Karlsruhe, 1. Febr. Die heute Abend stattgefundene Versammlung der vereinigten nationalliberalen und konservativen Parteien, in welcher der gemeinsam aufgestellte Kandidat, Herr Staatsanwalt Hieser, sein Programm entwickelte, nahm, so schreibt die „Kleine Presse“, einen sehr würdigen Verlauf. Dicht gedrängt staute sich die Masse der Anwesenden in dem großen Eintrachtsaale und den Nebenkammern und auch die Galerien waren voll besetzt. Herr Stadtrath Lehtlin dankte den Versammelten für ihr zahlreiches Erscheinen und ertheilte sofort Herrn Hieser das Wort. Das Programm des Kandidaten, der erst vor ganz kurzer Zeit im Saale des Bürgervereins anlässlich einer großen nationalliberalen Versammlung über die Militärvorlage sprach, ist bekannt; Herr Hieser steht voll und ganz als bewährter Kämpfer auf dem Boden der nationalliberalen Grundsätze, und wenn er heute auch von den Konservativen vorbehaltlos auf's Schild erhoben wird, so bedeutet dies keineswegs ein Abgehen von den bisherigen Prinzipien, vielmehr eine Einigung der reichstreuen Parteien in der alle Gemüther bewegenden einzigen Frage — der Sicherheit des Reichs. Das wurde auch von Herrn v. Stockhorn namens der konservativen Partei hervorgehoben und die thätigste Unterstützung der Kandidatur Hieser zugesagt.

Karlsruhe, 2. Febr. Wir halten es für angezeigt, nachstehend den Aufruf abzufragen, welchen der Wahlausschuß der Zentrumsparthei an die Zentrumswähler des 10. Reichstagswahlkreises (Karlsruhe-Bruchsal) richtet und im „Bad. Beob.“ Nr. 26 veröffentlicht. Derselbe beweist, zu welchen Entstellungen der wirklichen Sachlage die Leitung der Zentrumsparthei sich genöthigt sieht, um ihren Anhängern, und zwar immer wieder unter dem Vorgeben, daß es sich dabei um die katholische Religion handle, die Aufstellung eines demokratischen Kandidaten mündgerecht zu machen. Seitens des demokratischen „Landesboten“ mag diese Verbrüderung ja mit Recht sehr warm begrüßt werden. Die konservativen und gemäßigt liberalen Katholiken aber, welche sich im Hinblick auf kirchenpolitische Fragen bisher zum Centrum hielten, dürften sich doch wohl die Frage aufwerfen, wohin die Leitung ihrer Partei bei solchem Vorgehen tendirt.

Folgendes ist der Wortlaut des Wahlaufrufes: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat in ihrem Aufrufe mit herrlichen Worten gesagt, weshalb der Reichstag aufgelöst ist und was bei dem jetzigen Wahllampfe auf dem Spiele steht. Um militärische Fragen handelt es sich überhaupt nicht mehr, da die überwiegende Mehrheit des Reichstags „den letzten Mann und den letzten Groschen“ für volle drei Jahre bewilligt hat. Wir wollen ein starkes deutsches Heer, das uns vor dem Feinde schützt. Selbst Feldmarschall Moltke hat den Patriotismus aller großen Parteien des Reichstags — also auch des Centrums — anerkannt; wir lassen uns denselben auch von niemandem freitig machen. Daß die Bewilligung für einen Zeitraum von drei Jahren nicht genügt, dafür ist nicht der Schatten eines Beweises beigebracht. Die Parole im jetzigen Wahllampfe lautet: „für oder gegen Ministerwillkür, für oder gegen Verfassung, für oder gegen die Rechte des Parlaments, für oder gegen das allgemeine direkte Wahlrecht, für oder gegen Tabak- und Schnapsmonopol, für oder gegen eine gleiche Vertheilung der Steuerlasten, für oder gegen eine Mittelparthei im Reichstage, für oder gegen die Wiederherstellung der Herrschaft des Nationalliberalismus, jener Partei, welche von der Gründung des Deutschen Reiches an nur Unfrieden und Unsegen über unser Volk gebracht und namentlich durch den Kulturkampf um des Glaubens willen Deutsche gegen Deutsche gehet hat. Angesichts dieser Lage müssen alle anderen Interessen zurücktreten. Es muß unter allen Umständen verhütet werden, daß eine Mittelparthei zu Stande kommt; es muß vielmehr unserseits dafür gesorgt werden, daß das Centrum seine ausschlaggebende Stellung nach links und rechts behält, theils um die wirtschaftlichen Fragen nicht verflumpfen zu lassen, theils um die bürgerlichen Freiheiten hoch zu halten, die uns noch drückenden Kulturkampfgesetze zu beseitigen und neue Angriffe gegen die katholische Kirche, wie sie gerade jetzt von dem „Evangelischen Bunde“ angesetzt werden, abzuwehren. Den nationalliberalen Kandidaten Hieser, den Führer der Karlsruher Altkatholiken, den hartnäckigen Kulturkämpfer und offenen Gegner des bestehenden Reichstagswahlrechtes können wir nicht wollen. Ein Zentrumsmann ist bei den konfessionellen Verhältnissen unseres Wahlkreises zur Zeit weder im ersten Wahlgange, noch in der Stichwahl durchzubringen. Deshalb stimmen wir schon im ersten Wahlgange für den Kandidaten der demokratischen Partei, der deutschen Volkspartei, Herrn Dr. Franz Lipp aus Karlsruhe. Derselbe stammt aus streng katholischer Familie und steht dem Programme der Zentrumsparthei in vielen wesentlichen Punkten, namentlich bezüglich der Verwerfung aller kirchenpolitischen Ausnahme Gesetze und der Wahrung und Vertheidigung der Volksrechte, nahe. Wir verhehlen uns nicht, daß unser Kandidat in manchen anderen wichtigen Fragen unseren Parteistandpunkt nicht theilt, jedoch die obwaltenden außergewöhnlichen Umstände nöthigen uns geradezu, im 10. Wahlkreise mit der Demokratie Hand in Hand zu gehen, um der unter bureaukratischer Bedeckung marschirenden liberal-konservativen Kolonne ein Paroli zu bieten. Darum auf zur Wahl! Zentrumswähler, seht Alles dran, um am 21. Februar zum Siege zu führen den wahren Freund des Volkes, den Kandidaten der deutschen Volkspartei Dr. Franz Lipp aus Karlsruhe. Karlsruhe, 1. Februar 1887. Der Wahlausschuß der Zentrumsparthei.“

+ Baden, 1. Febr. Während im Taubergrunde die Vorstände der dortigen Kriegervereine tagten, war man im Dösgau

nicht müßig. In Steinbach versammelten sich am letzten Sonntag die Ausschüsse von 25 Militär- und Kriegervereinen, um zur Reichstagswahl Stellung zu nehmen. Vorsitzender war Premierlieutenant a. D. Zimmer. Die Hauptrede hielt Architekt Klein, Sekretär des Gauverbands. Die Mitglieder werden auch in unseren Gegenden energisch für die Kandidaten eintreten, die für das Septennat zu stimmen sich verpflichten.

* Mannheim, 1. Febr. Gestern Abend wurde Herr Rechtsanwalt Friedrich Rohaus Dörmund — wie der „Bad. Landesbote“ berichtet — als demokratischer Reichstagskandidat aufgestellt. In Mannheim, in der Pfalz, ja in ganz Baden wird demnach, wie es scheint, Niemand geneigt, die ansichtslose Kandidatur gegen den bewährten Kandidaten der nationalen Parteien, Herrn Dörmund, zu übernehmen.

* Mannheim, 1. Febr. Im Saalbau tagte vorgestern eine größere nationalliberale Wählerversammlung, die von Vorstände des Nationalliberalen Vereins in Mannheim, Herrn Eckhard, eröffnet wurde und in welcher Herr Handelskommerzienrath Dörmund sein Programm entwickelte. Herr Dörmund wies auf die Gefahren der politischen Gesamtsituation hin und betonte, wie nur in der sorgfältigen Erhaltung und Fortentwicklung der deutschen Wehrkraft ein Gegengewicht gegen die Bedrohung des Friedens unseres Vaterlandes liege. An der Hand einer Vergleichung der Militärlasten in den Großstaaten Europa's zeigte er, wie wenig die Klagen über einen unerträglichen Druck des Militärbudgets in Deutschland gerechtfertigt seien; er hob hervor, wie wenig der jetzige Augenblick einer gespannten politischen Lage geeignet sei, die Erneuerung des Septennats abzulehnen, das die wesentlichste Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens bilde. Nachdem der Redner noch das Ungerechtfertigte der oppositionellen Bestrebungen, statt der Militärfrage die Monopolfrage in den Vordergrund der Wahlbewegung zu schieben, dargelegt hatte, schloß er seinen von reichem Beifall begleiteten Vortrag mit einem Hoch auf den Kaiser.

* Mosbach, 1. Febr. In einer Versammlung nationalgesinnter Männer, welcher Herr Landgerichtsrath Dr. Kupfer präsidirte, wurde am Sonntag Nachmittag die Kandidatur des Herrn Konsuls Meuzer einstimmig gutgeheißen und beschlossen, entschieden für die Wahl des Herrn Meuzer einzutreten. Sowohl Herr Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Strauß, der die Versammlung im Namen des Ausschusses der nationalliberalen Partei im Bezirke Mosbach begrüßt und auf den Ernst der inneren wie der auswärtigen politischen Lage hingewiesen hatte, als auch Herr Landgerichtspräsident Amann, Herr Rechtsanwalt Reinhardt und Herr Oberamtmann Pfister betonten in eindringlichen Worten die Nothwendigkeit, daß man angesichts der beklagenswerthen Haltung der vorigen Reichstagsmehrheit zu der Militärvorlage diesmal über alle politischen Parteifragen die nationale Frage stellen müsse, damit der nächste Reichstag den Fehler seines Vorgängers gut mache. Die in der Versammlung erschienenen Vertreter von Landorten des Bezirkes berichteten, daß auch in der ländlichen Bevölkerung die Stimmung eine der vollen Bewilligung der Militärvorlage günstige sei. Nach alter guter Sitte in politischen Versammlungen trennte man sich mit einem Hochrufe auf Kaiser und Landesfürst; in jubelnder Begeisterung stimmten die Anwesenden in den Ruf ein.

* Aus dem 14. Reichstags-Wahlkreis. Die national gesinnten Männer unseres Wahlkreises sind fest entschlossen, Alles aufzubieten, um an Stelle des Zentrumskandidaten, Herrn v. Wuol, einen erst nationalen Vertreter, den Landtagsabgeordneten Klein von Wehrheim, in den Reichstag zu entsenden. Es haben zur Vorbereitung dieser Wahl zahlreiche Versammlungen im Wahlkreise stattgefunden und wir hegen die feste Erwartung, daß, wenn jeder, der treu zu Kaiser und Reich steht, am Wahltag seine Pflicht thut, nicht wieder Herr v. Wuol, sondern der Kandidat der nationalen Parteien, Herr Klein, aus der Wahl als Abgeordneter zum Reichstag hervorgehen wird.

* Stodach, 1. Febr. Gestern Abend fand im Lokale des Bürgervereins zu Stodach eine sehr zahlreich besuchte allgemeine Versammlung unter dem Vorstehe des Herrn Bürgermeisters v. Massenbach statt, welche sich die bevorstehende Reichstagswahl zum Gegenstand der Erörterung bestimmte hatte. Nachdem Herr Bürgermeister v. Massenbach die Anwesenden begrüßt hatte, schilderte er die Nothwendigkeit zureichender Vertheidigungsmittel für das Reich und sprach seine volle Uebereinstimmung mit der von der Reichsregierung eingebrachten Militärvorlage auf Grund des Ausspruches aller sachverständigen Berather der Reichsregierung aus. Er referirte sodann über eine Tags zuvor in Kadolfzell stattgehabte Besprechung von Vertrauensmännern aus dem 1. Reichstags-Wahlkreise, in welcher Herr Bürgermeister Noppel einstimmig zum Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl erwählt wurde, und empfahl darauf die Annahme dieser Kandidatur auf's wärmste. Danach ergriß Herr Oberamtmann Dr. Gantier das Wort und besprach in eingehender Weise die Militärvorlage, indem er die Gründe für die Unentbehrlichkeit derselben im Interesse des Friedens und der Konfolidation des Reichs sachlich erörterte und am Schlusse seiner trefflichen Vortrags die Kandidatur des Herrn Noppel befeuerte. Herr Notar Böslker sprach sich in gleichem Sinne aus und erwähnte insbesondere zum zahlreichen Erscheinen der Wähler an der Wahlurne. Bei beiden Versammlungen, sowohl in Kadolfzell als in Stodach, wurde Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm und Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich in begeisteter patriotischer Weise gedacht und die Kandidatur des Herrn Noppel sanctionirt.

Berlin, 1. Febr. Die „Nationalzeitung“ schreibt: „Vor kurzem wurde berichtet, daß im Badischen von ultramontaner Seite die Wahllüge verbreitet werde, daß die Dienstreit bei der Fahne künftig sieben Jahre dauern solle. Wie jetzt aus Hannover und aus Elsaß-Lothringen gemeldet wird, läuft diese Lüge auch dort in verschiedenen Theilen des Landes um. Sie scheint also sehr heimlich verbreitet zu werden.“

Düsseldorf, 31. Jan. Der Fürst von Hohenzollern hat seine Annahme der ihm angetragenen Kandidatur für den Reichstag in folgendem, an den Vorsitzenden der vereinigten Mittelparteien gerichteten Schreiben ausgesprochen: „Eine Anzahl von Wählern der mir durch langjährige Beziehungen werthen Stadt Düsseldorf hat mir durch Ihre Vermittlung die Bitte ausgesprochen, bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstag eine Kandidatur anzunehmen. Angesichts der ernsten politischen Lage sehe ich es als eine patriotische Pflicht an, dem an mich gestellten Verlangen ausnahmsweise nachzukommen, und hoffe, daß meine Kandidatur geeignet sein möchte, die Stimmen aller reichstreuen Wähler des Stadt- und Landkreises Düsseldorf zu vereinigen. Die von Sr. Majestät unserm allergnädigsten Kaiser so dringend befürwortete unveränderte Annahme der dem letzten Reichstage gemachten Militärvorlage erachte ich aus Gründen der äußern und innern Politik als eine zwingende Nothwendigkeit und würde im Falle meiner Wahl für dieselbe eintreten. Im Uebrigen müßten

Verlag deutscher Reichs- und badischer Landesgesetze
 von J. Lang in Lanterbachshausen.
 In unserem Verlag ist erschienen:
 Dr. K. Schenkel, Ministerialrath, Das Badische Jagdrecht nebst
 Vollzugsvorschriften. 11. Aufl. Preis M. 2.20, geb. M. 2.70.
 Demnächst erscheint bei uns:
 Buchenberger, Ministerialrath, Landwirthschaftsrecht und Landwirth-
 schaftspflege.
 Keutti, Gerichtsrat, Gesetze u. Verordnungen über Personenstands-
 Beurkundung und Eheschließung im Großh. Baden. Mit
 Anmerkungen, Mustern und ausführlichem Sachregister.
 Mittell, L., Gr. Oberamtsrichter, Dienstvorschriften für Gerichts-
 vollzieher.
 Bezinger, B., Gr. Oberamtsrichter, Geschäftskalender für Amts-
 gerichte. C.438.

Gilliges und populäres Kleidermagazin. Wichtig für alle Industriellen und Werkstätten.
 Im Verlag von Otto Weisfert in Stuttgart erscheint soeben:
Die Metalle ihre Gewinnung u. ihre Verarbeitung
 von A. Gedeck.
 Vollständig in ca. 6 reich illustrierten Lieferungen. Preis per Lieferung 50 Pf.
 Abonnements in allen Buchhandlungen.

C.398.1. Die
Emmericher Waaren-Expedition
 Kaiserstrasse 124, Karlsruhe,
 empfiehlt unter Garantie für Reingeschmack, echte Naturfarbe und
 richtige Qualitätsbezeichnung
ROHEN KAFFEE.

No.	Bezeichnung	per Pfund M. S.
0	Feinbrauner Menado (ehr grosse Plattbohne)	1 60
1	Feinbrauner Preanger (mittelgrosse do.)	1 50
2	Echt arabischer Mokka (unansehnliche Bohne)	1 38
3	Hellbrauner Java (grosse Plattbohne)	1 38
6	Hochgelber Menado (s hr grosse Plattbohne)	1 56
7	Blassblau Menado do.	1 38
9	Feinbl u Soemanick do.	1 40
10	Goldgelber Java (Perlbohne)	1 26
11	Feinobgelber Java do.	1 32
12	Feingl u Java do.	1 18
18	Grünlicher Java do.	1 12
21	Feinblauer ostind. do.	1 38
23	Feinblauer Java do.	1 32
24	Feinblauer Java do.	1 28
26	Grossbohne, feinkl. Java (grosse Plattbohne)	1 30
27	Feinblau Plantation Ceylon (mittelgrosse do.)	1 20
30	Feinblau Ceylon Art do.	1 10
33	Feinblau Ceylon Art do.	1 18
36	Feinobgelber Java (grosse do.)	1 18
37	Hochgelber Java (mittelgrosse do.)	1 10
39	Feingelber Java do.	1 06
42	Blaukelber Java do.	1 12
45	Feinblau Surinamart (mittelgrosse do.)	1 04
48	Feingrün Java do.	1 02
51	Gutgelber Java do.	1 02
53	Afrika-Kaffee (unansehnliche B.hne)	— 96
57	Kleine Bohnen mit Bruch (gereinigt, halb ge- brannt und gewaschen)	— 90

In Säcken von 9 1/2 Pfund Netto und in
 Packeten von 5 Pfund.
 per Pfund M. S.
 Probena 1 Pfund.
 Bei Abnahme von 9 1/2 Pfund ermässigte Preise.

C.245.2. **HAMBURG-AMERIKANISCHE
 PACKETFAHRT-ACTIEN-GESELLSCHAFT.**
 Directe Postdampfschiffahrt
 jeden Mittwoch und Sonntag,
 von **Hamburg** nach **Newyork**
 jeden Dienstag,
 von **Havre** nach **Newyork**
 alle 14 Tage,
 von **Stettin** nach **Newyork**
 monatlich 3 mal,
 von **Hamburg** nach **Westindien**
 monatlich 1 mal.
 Die Post-Dampfschiffe der Gesellschaft bieten bei ausserordentlicher Verpflegung,
 vorzüglichster Reisegelegenheit sowohl für Cajuten- als Zwischen-decks-Passagiere.
 Nähere Auskunft ertheilen **Walther & v. Reckow** in **Mannheim**.

C.244.1. Karlsruhe.
Anzeige.
 Nach meiner Zulassung als Rechts-
 anwalt beim Landgerichte Karlsruhe
 habe ich mich mit Herrn **Adolf Zunt**,
 Rechtsanwalt beim Oberlandesgerichte
 daselbst, zur gemeinschaftlichen Aus-
 übung der Rechtsanwaltschaft vereinigt.
 Unsere Bureau befinden sich **Karls-
 strasse Nr. 15.**
Otto Gutmann, Rechtsanwalt
 beim Landgerichte Karlsruhe.

C.430.5. **Central- Stellen-
 Vermittlungs-Bureau**
 der verbundenen
Kaufmännischen Vereine
Badens und der Pfalz
in Mannheim.
 Wir haben fortwährend hierige
 wie auswärtige Vakanten in grosser
 Zahl zu besetzen, wozu uns Offerten
 postlagernd überreichen erwünscht sind.
 Die Herren Principale werden
 kostenfrei bedient.

C.434.1. Nr. 214. **Rastatt.**
Ausleihen von Geldern.
 Bei unterzeichneter Verwaltung
 können wieder Gelder auf erstes
 Pfandrecht gegen verschriftlich-
 te Pfandverschreibung darge-
 liehen werden.
 Rastatt, den 29. Januar 1887.
 Großh. Studienfonds-Verwaltung.

C.443. Nr. 592. Karlsruhe.
**Die Tilgung der 4% igen Badischen Eisenbahn-
 anlehen von den Jahren 1859/61, 1862/64, 1878
 und 1879 betreffend.**
 Nach Maßgabe der betreffenden Anleihebestimmungen werden in unserem
 Geschäftszimmer Nr. 15 nachstehende Ziehungen vorgenommen werden:
I. am 7. Februar 1887, Vormittags 10 Uhr,
 A von dem 4% Anlehen von 1859/61 je 155 Obligationen à 1000 fl.,
 500 fl. und 100 fl. zur Heimzahlung auf 1. September 1887 bestimmt,
 B von dem 4% Anlehen von 1862/64 je 233 Obligationen à 1000 fl.,
 500 fl., 200 fl. und 100 fl. zur Heimzahlung auf 1. Oktober 1887 be-
 stimmt.
II. am gleichen Tage Nachmittags 4 Uhr,
 A von dem 4% Anlehen von 1878 je 67 Obligationen à 2000 M., 1000 M.,
 500 M., 300 M. und 200 M. zur Heimzahlung auf 1. Oktober 1887
 bestimmt,
 B von dem 4% Anlehen von 1879 je 130 Obligationen à 2000 M., 1000 M.,
 500 M., 300 M. und 200 M. zur Heimzahlung auf 1. September 1887
 bestimmt.
 Karlsruhe, den 2. Februar 1887.
Großh. Bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.
 Sel. m.

Bürgerliche Rechtspflege.
Konkursverfahren.
 D.245. Nr. 1739. Baden. Ueber
 das Vermögen der Schirmfabrikant
 Leopold Reich Witwe, Christine, geb.
 Edwin in Baden, wurde heute am 31.
 Januar 1887, Vormittags 12 Uhr,
 das Konkursverfahren eröffnet.
 Der Waisengericht Rath hier ist zum
 Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum
 21. Februar 1887 bei dem Gerichte
 anzumelden.
 Es wird zur Beschlußfassung über die
 Wahl eines andern Verwalters, sowie
 über die Bestellung eines Gläubigeraus-
 schusses und eintretenden Falles über
 die in § 120 der Konkursordnung be-
 zeichneten Gegenstände auf
 Montag den 28. Februar 1887,
 Vormittags 10 Uhr,
 und zur Prüfung der angemeldeten
 Forderungen auf
 Montag den 28. Februar 1887,
 Vormittags 10 Uhr,
 vor dem unterzeichneten Gerichte Ter-
 min anberaumt.
 Allen Personen, welche eine zur Kon-
 kursmasse gehörige Sache in Besitz haben
 oder zur Konkursmasse etwas schuldig
 sind, wird aufgegeben, nichts an den
 Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu
 leisten, auch die Verpflichtung auferlegt,
 von dem Besitze der Sache und von den
 Forderungen, für welche sie aus der
 Sache abgeforderte Verpfändigung in An-
 spruch nehmen, dem Konkursverwalter
 bis zum 21. Februar 1887 Anzeige zu
 machen.
 Baden, den 31. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
 Der Gerichtsschreiber:
 J. B. Roth.
 Entmündigung.
 D.242. Nr. 1219. M. Hirsch. Ka-
 tharina Dufel von Heintzen wurde
 durch diesseitigen Beschluß vom 17. ds.
 Mts. gegen bestehendes Urtheil des
 Genüthschwäbe entmündigt und für
 dieselbe Wandwirth Franz Kaver Stähle
 von Jernsbort als Vormund bestellt.
 Weßfisch, den 29. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
 Bretten.
 Erbeinweihungen.
 D.198.2. Nr. 751. Mosbach. Gr.
 Amtsgericht hier hat heute verfügt:
 Die Großh. badische Generalstaats-
 kasse hat die Einsetzung in der
 Gewähr der Verlassenschaft der ver-
 storbenen Ida Frei von Oberstleutnant
 nachgesucht. Diefem Ansuchen wird
 entsprochen, wenn nicht binnen 3 Wochen
 Einsprache beigegeben erhoben wird.
 Mosbach, den 28. Januar 1887.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Heber.
 D.126.3. Nr. 1569. Lanter-
 bachshausen. Das Gr. Amts-
 gericht daber hat unterm Heutigen be-
 schlossen:
 Barbara, geb. Dör, hat um Ein-
 weihung in Besitz und Gewähr des
 Nachlasses ihres am 12. November 1886
 verstorbenen Gemannes Johann Adam
 Poppe, Landwirth von Pflüfingen,
 gebeten.
 Diefem Gesuch wird entsprochen,
 wenn nicht binnen 6 Wochen Ein-
 sprache beigegeben diesseitig erhoben wird.
 Lanterbachshausen, 20. Jan. 1887.
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Lederle.
 Handelsregistereinträge.
 D.207. Nr. 644.5. Schönau. Zu
 D.3. 158 des diesseitigen Firmenregi-
 sters wurde unterm Heutigen ein-
 getragen:
 Die Firma **Johann Kiefer Wwe.**
 in Brandenburg ist seit 1885 durch
 Geschäftsaufgabe erloschen.
 Zu D.3. 177 wurde heute neu ein-
 getragen:
 Gustav Kiefer in Brandenburg,
 Bürtensbühlgerfabrik seit 1885. In-
 haber gleichen Namens ist seit
 Oktober 1886 mit Brigitta Waf-
 mer von Fahl nach dem Gebirg
 der L.R.S. 1500 fl. Anschlag
 alles eigenen, gegenwärtigen und
 zukünftigen, activen und passiven
 Vermögens bis auf den beider-
 seitigen Einwurf von je 50 Mark
 aus der Gemeinschaft verbeirathet.
 Schönau, den 20. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
 Nüßle.
 D.241. Nr. 892.925. Lafr. In
 das Firmenregister wurde eingetragen:
 1. Zu D.3. 185, Firma **Frieda
 Scholdeker** in Lafr. Firma mit 1.
 Januar 1886 erloschen.

sehen werden.
 Karlsruhe, den 1. Februar 1887.
 Großh. Hauptverwaltung der Eisen-
 bahn-Magazine.
 C.441. Karlsruhe.
**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Mit Gültigkeit vom 15. Februar l. J.
 ab gelangen zum süddeutschen Ver-
 bandstarife für den Verkehr mit Oester-
 reich-Ungarn, Theil II, Tarifheft Nr. 2
 vom 1. April 1885 der Nachtrag III
 und zu Theil II Tarifheft Nr. 9 vom
 1. Mai 1886 der Nachtrag I zur Ein-
 führung.
 Beide Nachträge enthalten in U. ge-
 änderte, zum Theil erhöhte, zum Theil
 ermässigte Frachttarife für die Stationen
 Mannheim, Heidelberg, Friedrichsfeld
 und Rheinau und vollständig neue
 Kürzungstabellen.
 Bis auf Weiteres gelangt die Kür-
 zungstabelle II zur Anwendung.
 Exemplare der Nachträge können
 durch die Verbändstationen zum Preise
 von 0,40 M. und bezw. 0,30 M. be-
 zogen werden.
 Karlsruhe, den 1. Februar 1887.
 General-Direktion.

C.444. Karlsruhe.
**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Mit Wirkung vom 15. Februar l. J.
 kommen für die Beförderung von **Ge-
 treide, Getreideabfällen, Säulen-
 fruchten, Stroh, Holz, Mohr-
 samen und Delaaren** in Wagen-
 ladungen von 10000 kg oder bei Fracht-
 zahlung für dieses Gewicht im Ver-
 kehr zwischen Basel Bad. B. und eini-
 gen ostschweizerischen Stationen er-
 mässigte Frachttarife zur Einführung.
 Nähere Auskunft ertheilen die Güter-
 expedition Basel und das diesseitige
 Tarifbureau.
 Karlsruhe, den 1. Februar 1887.
 General-Direktion.

C.445. Karlsruhe.
**Süddeutsch-Schweizerischer
 Eisenbahn-Verband.**
 Mit Gültigkeit vom 6. bezw. 15. Fe-
 bruar l. J. treten für die Beförderung
 von **Strohmasse, Strohhalm, Stroh-
 teigmasse und Strohhalm** in Wa-
 genladungen von 5000 kg und 10000 kg
 ab **Krauchenwies, Lafr, Geigen-
 bach u. Mannheim** nach verschiednen
 schweizerischen Stationen Ausnahme-
 frachttarife in Kraft.
 Nähere Auskunft ertheilen die ge-
 nannten Stationen und das diesseitige
 Tarifbureau.
 Karlsruhe, den 1. Februar 1887.
 Namens des Verbands:
 General-Direktion
 der Großh. bad. Staats-Eisenbahnen.

D.232. Nr. 109. Achern.
Bekanntmachung.
 Zur Fortführung der Vermessungs-
 werke und der Lagerbücher nachfolgender
 Gemarkungen in dem Gemeindefundus
 mit dem Gemeinderath der beteiligten
 Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem
 Rathaus der betreffenden Gemeinden
 anberaumt; für die Gemarkung:
Seebach, Montag den 14. Fe-
 bruar, Vormittags 10 Uhr,
Furchebach, Montag den 14.
 Februar, Nachmittags 1 Uhr,
Grosweier, Mittwoch den 16.
 Februar, Vormittags 9 Uhr,
Oberachern, Donnerstag den 17.
 Februar, Vormittags 9 Uhr,
Sagenweier, Samstag den 19.
 Februar, Vormittags 8 Uhr,
Sildmannsfeld, Donnerstag den
 24. Februar, Vormitt. 10 Uhr,
Oberbrach, Donnerstag den 24.
 Februar, Nachmittags 1 Uhr.
 Die Grundeigentümer werden hier-
 von mit dem Anfügen in Kenntniß ge-
 setzt, daß das Verzeichniß der seit der
 letzten Fortführung eingetretenen, dem
 Gemeinderath bekannt gewordenen Ver-
 änderungen im Grundeigentum wäh-
 rend acht Tagen vor dem Fortführungs-
 termin zur Einsicht der Beteiligten
 auf dem Rathaus aufgelegt; etwaige
 Einwendungen gegen die in dem Ver-
 zeichniß vorgemerkten Veränderungen
 in dem Grundeigentum und deren Be-
 urkundung im Lagerbuch sind dem Fort-
 führungsbeamten in der Tagfahrt vor-
 zulegen.
 Die Grundeigentümer werden gleich-
 zeitig aufgefordert, die seit der letzten
 Fortführung in ihrem Grundeigentum
 eingetretenen, aus dem Grundbuch nicht
 ersichtlichen Veränderungen dem Fort-
 führungsbeamten in der bezeichneten
 Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der
 Form der Grundstücke eingetretenen
 Veränderungen sind die vorgeschriebnen
 Handriffe und Messurkunden vor der
 Tagfahrt bei dem Gemeinderath oder
 in der Tagfahrt bei dem Fortführungs-
 beamten abzugeben, widrigenfalls die-
 selben von dem Verzeichniß der Be-
 teiligten beschafft werden müßten.
 Achern, den 1. Februar 1887.
 Der Bezirksgeometer:
 Schneberger.

D.239. Mannheim. Bei diesseitiger
 Gerichtsschreiberei ist eine Inpienten-
 stelle sofort zu belegen. Gehalt 600 M.
 und Abstrichgebühren.
 Mannheim, den 31. Januar 1887.
Großh. bad. Amtsgericht.
 Hofmann.

C.442.1. Karlsruhe.
**Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**
 Wir haben im Submissionswege 3
 Confoltsche, 3 Spiegel, 13 Holzstufen
 und 68 Hähle zu vergeben. Angebote
 sind bis längstens **12. d. Mts., Vor-
 mittags 10 Uhr**, verschlossen, ver-
 siegelt und mit der Aufschrift „Möbel“
 versehen, bei uns einzureichen.
 Muster, Zeichnungen und Bedingungen
 können bei unserm Gerächtschäfts-
 magazin, Rappurterlandstraße, einge-
 sehen werden.
 Karlsruhe, den 1. Februar 1887.
 General-Direktion.